

04.11.2020 - 19:44 Uhr

Inakzeptabel: Bundesrat will das Gastgewerbe opfern

Zürich (ots) -

Die Corona-Krise belastet das Gastgewerbe schwer. 100'000 Arbeitsplätze drohen verloren zu gehen. Der Bundesrat schaute an seiner heutigen Medienkonferenz darüber hinweg und nimmt tausende Konkurse in der Gastronomie und Hotellerie bewusst in Kauf. Der Branchenverband GastroSuisse ist enttäuscht und fordert Bund und Kantone auf, die wenigen beschlossenen Massnahmen sorgfältig und schnell umzusetzen, um noch eine allzu grosse Katastrophe zu verhindern.

Bundesrat Ueli Maurer nahm heute leider kein Blatt vor den Mund. Eine Strukturbereinigung in der Gastronomie und Hotellerie sei unvermeidbar. Dabei verkennt Maurer, dass längst auch viele Betriebe von der Corona-Krise betroffen sind, die gut gewirtschaftet und nachhaltig investiert haben, deren Reserven nun aber aufgebraucht sind. Es ist ein bundesrätlicher Hohn, zu sagen, dass die von GastroSuisse angekündigten Konkurse im Gastgewerbe in Kauf zu nehmen seien. GastroSuisse ist enttäuscht. Die Branche hat konstruktive Vorschläge gemacht, die weitestgehend ignoriert wurden. Die heute vom Bundesrat beschlossenen Massnahmen sind unverständlich und reichen nicht aus, um Konkurse abzuwenden. Nach wie vor sind im Gastgewerbe 100'000 Arbeitsplätze gefährdet.

Der Bundesrat hat heute zwar die Verordnung über Härtefallmassnahmen im Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie in die Vernehmlassung geschickt. Die Inkraftsetzung ist auf Anfang Dezember 2020 geplant. "Die Verantwortung wurde aber auf die Kantone abgewälzt. Anders als im März, wo sich der Bundesrat für schnelle und pragmatische Hilfsmassnahmen eingesetzt und auch die gesetzlichen Grundlagen dazu geschaffen hat. Nun gibt der BR der Branche überhaupt keine Perspektive und verweigert die dringend notwendige Soforthilfe", kritisiert Casimir Platzer, Präsident von GastroSuisse. Der Bund hätte im Rahmen des Notrechts entscheiden und handeln müssen. "Es herrscht Ratlosigkeit und grosse Enttäuschung."

Damit der Schaden nicht noch grösser wird, fordert GastroSuisse Bund und Kantone zum schnellen Handeln auf. "Der Bundesrat muss halten, was er versprochen hat", so der GastroSuisse-Präsident. Die Massnahmen müssen schnell und unbürokratisch umgesetzt werden. "Und im Bedarfsfall ist nachzulegen", betont Platzer. Denn 200 Millionen Franken des Bundes, die heute im Rahmen des Härtefallfonds in Aussicht gestellt wurden, reichen bei weitem nicht aus.

GastroSuisse ist der Verband für Hotellerie und Restauration in der Schweiz. Die Organisation mit dem Gründungsjahr 1891 setzt sich für die Interessen der Branche ein. GastroSuisse ist der grösste gastgewerbliche Arbeitgeberverband mit gegen 20'000 Mitgliederbetrieben (davon rund 2500 Hotels), organisiert in 26 Kantonalverbänden und vier Fachgruppen.

Pressekontakt:

GastroSuisse-Präsident Casimir Platzer
Telefon 044 377 53 53, communication@gastrosuisse.ch

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100007695/100858949> abgerufen werden.